

Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat die Koalitionspartner von Union und SPD eindringlich davor gewarnt, die Arbeitszeit der rund 300 000 Bundesbeamten von 40 auf 41 Stunden zu erhöhen und außerdem über weitere Kürzungen beim Weihnachtsgeld ab 2006 nachzudenken. „Zum wiederholten Mal sollen die Bundesbeamten als Melkkühe für den Bundeshaushalt herhalten“, kritisierte Heesen.

Für den dbb-Chef ist klar: „Damit möchten insbesondere die Sparkommissare Koch und Steinbrück jenes Muster durchsetzen, mit dem sie auch schon ihre Landeshaushalte zu sanieren suchten.“ Doch die Pläne hätten nichts mit nachhaltiger Konsolidierung zu tun, sondern seien „reinstes Schröpfen“, macht Peter Heesen deutlich: „Erst im Oktober vergangenen Jahres hatten die Bundesbeamten eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden ohne Einkommensausgleich hinzunehmen, seit 2004 ist ihr Urlaubsgeld gestrichen, das Weihnachtsgeld

Einschnitte für Bunde „Ende der Fahnenstan



Für den dbb Bundesvorsitzenden Peter Heesen ist klar: Die Beamten haben jetzt

schon 15 Jahre Sparmaßnahmen erduldet, „bei uns ist nichts mehr zu holen“.

abgesenkt, aufgrund von Änderungen im Beihilferecht haben sich ihre individuellen Krankheits- und Vorsorgekosten erhöht. Bis jetzt ist noch kein Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung im Sinne des jüngsten Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst in Sicht. Und nun saust schon wieder der Sparhammer herunter!“

Die Regierungskoalition will die regelmäßige Wochenarbeitszeit der Bundesbeamten von 40 auf 41 Stunden erhöhen und plant ab 2006 eine Halbierung des jetzigen Weihnachtsgeldes.

Keine andere Berufsgruppe sei in den vergangenen Jahren in

dem Maße zur Konsolidierung der öffentlichen Kassen herangezogen worden wie die Beamten, unterstrich Heesen. „Die Summen, die die Kollegen in den vergangenen zehn Jahren wegen diverser Sparmaßnahmen wider Willen eingespielt haben, liegen im Milliardenbereich.“ Aktive Beamte hätten finanzielle Einbußen von mehr als 15 Prozent zu verkraften, Pensionäre sogar Verluste von über 20 Prozent. „Das Ende der Fahnenstange ist erreicht“, konstatierte Heesen. „Mit derlei kurzfristigem Sparaktionismus setzt die Politik die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes aufs Spiel. Wie weit es mit

der Motivation der Beschäftigten angesichts dieser neuen Umgangsformen her sein wird, kann sich jeder ausrechnen. Und attraktiver wird der öffentliche Sektor als Arbeitsplatz für qualifiziertes, leistungsfähiges

Die Summen, die Beamte in den vergangenen zehn Jahren wegen diverser Sparmaßnahmen wider Willen eingespielt haben, liegen im Milliardenbereich.

sbeamte: ge erreicht!"

und leistungswilliges Personal angesichts all dessen schon gar nicht.“

Mit diesen Sparplänen wollen Politiker die Staatsfinanzen wieder einmal auf dem Rücken der Beamten in Ordnung bringen. Das ist jedoch reines Abkassieren bei denen, die sich nicht durch das Streikrecht wehren können. Letztendlich führen Arbeitszeitverlängerungen zu weiteren Personaleinsparungen.

Bisher handelt es sich bei den vorgesehenen Sparmaßnahmen um Absichtserklärungen, die in dieser Form auch nicht eindeutig im Koalitionsvertrag zu finden sind. Danach muss allerdings mit allen Mitteln der hoch verschuldete Bundeshaushalt entlastet werden. Erstmals wird die Neuverschuldung in Höhe von etwa 41 Milliarden Euro für das Jahr 2006 um etwa 18 Mil-

liarden Euro weit über der nach der Verfassung (Art. 115 Grundgesetz) zulässigen Grenze eingeplant. Zur nötigen konkreten Änderung des Bundessonderzahlungsgesetzes (BSZG) und der Arbeitszeitverordnung (AZV) liegen derzeit noch keine entsprechenden Entwürfe vor. Sofern es dazu kommt, werden die Verkehrsgewerkschaft GDBA und der dbb anlässlich des dann erforderlichen beamtenrechtlichen Beteiligungsverfahrens ihre Standpunkte nochmals ausdrücklich einbringen mit dem Ziel, beim Gesetzgeber ein Einlenken zu erreichen.

Drei Jahre liegt die letzte große Demonstration des dbb in Berlin zurück. Hundertausende gingen im Dezember 2002 auf die Straße.



Mit Durchblick flexibel BauSparen!

Für meine Zukunft seh' ich blau.

**Darlehen ab
2,25%***

**Guthaben bis
3,50%****

* Effektiver Jahreszins des Bausparlehens ab 2,43%.

** Bei einer Vertragslaufzeit von 7 Jahren und Verzicht auf das Bausparleihen. Nicht bei Vertragsänderungen, Vor- und Zweckentfremdungszwecken und Abbrüchen.

Ihr BHW Berater weiß, wie's geht:
01802 - 244 411 oder www.bhw.de
(0,06 Euro pro Gespräch)

BHWA
Haus + Geld + Vorsorge